Die Vereitelung des Friedens durch den U-Bootskrieg.

Der Frankfurter Zeitung wird von einer Bethmann-Hollweg nahestehenden Seite zu einem Artikel Schulze-Gävernitz, der sich mit den Vorgängen zu Beginn des Jahres 1917 beschäftigt, unter andrem geschrieben: In Wirklichkeit liegen sich die Dinge in jenen kritischen Tagen folgendermaßen zu: In den auf die Senatsbotschaft (22. 1. 1917) folgenden Tagen ließ Wilson Bernstorff durch einen Vertrauensmann sagen, der Präsident wolle sich erneut bemühen, den Frieden zustandezubringen. Für diesen Zweck werde es von besonderer Wichtigkeit sein, Genaueres über die deutschen Friedensbedingungen zu erfahren. Das Telegramm Bernstorffs hierüber ging in Berlin am 28. Januar ein. Damals war der uneingeschränkte U-Boots-Krieg bereits beschlossen und alle Vorbereitungen für seinen zum 1. Februar festgesetzten Beginn getroffen. Ein Gegenbefehl war eine technische Unmöglichkeit. Bernstorff wurde umgehend hiervon verständigt und beauftragt, der amerikanischen Regierung bei der Uebergabe der Note zu sagen, daß die deutsche Regierung Wilsons Absicht auf wärmste begrüße und zur Förderung dieser Absicht die Friedensbedingungen dem Präsidenten zu eigener persönlicher Information bekanntgebe. Das Friedensprogramm wurde in dem Telegramm an Bernstorff eingehend entwickelt. Bernstorff wurde ferner beauftragt, Wilson zu sagen, daß der eingeschlagene U-Boots-Krieg aus technischen Gründen nicht abgestoppt werden könne, daß aber die Reichsregierung bereit sei, Befehl zur Einstellung des U-Boots-Krieges zu geben, sobald es Wilson gelungen sei, eine erfolgversprechende Grundlage für die Friedensverhandlungen zu sichern. Die amerikanische Regierung beantwortete trotz dieser Mitteilung die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boots-Krieges mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Vorwurf der Zweideutigkeit gegen die deutsche Politik kann daher nicht aufrechterhalten werden, ebensowenig berechtigt ist der gleichfalls erhobene Vorwurf, daß die politische Leitung „andre entscheidende Instanzen" nicht unterrichtet habe. Selbstverständlich war die politische Leitung auch über diese Vorgänge mit den militärischen Stellen in dauernder Fühlung. Dieser Depeschenwechsel ist in vollem Wortlaut auch den Mitgliedern des Hauptausschusses des Reichstags am 31. Januar 1917 in einer Geheimsitzung mitgeteilt worden.

•

Auch diese Darstellung beweist nur, so schreibt der Vorwärts hierzu, welch furchtbare Verantwortung die Veranstalter des uneingeschränkten U-Boots-Krieges auf sich geladen haben. Der U-Boots-Krieg ist also mitten in einen neuen Verständigungsversuch hineingeplatzt, den Präsident Wilson trotz seinem ersten Mißerfolge zu unternehmen sich anschickte. Damit ist erwiesen, welches Interesse Wilson damals an dem Zustandebringen des Friedens hatte, und daß es — aller gegenteiligen Behauptungen zum Trotz — nichts als der uneingeschränkte U-Boots-Krieg gewesen ist, durch den Wilson zum Kriege gegen uns veranlaßt wurde. Die Verantwortung trifft in erster Linie die alldeutschen Hetzer und Schürer, sie trifft aber auch die schwache Regierung Bethmann-Hollwegs, die sich von den Alldeutschen gegen ihre bessere innere Ueberzeugung zu der Tat treiben ließ. Die Entschuldigungen verjangen nicht. Denn wenn am 28. Januar der auf den 1. Februar angesetzte uneingeschränkte U-Boots-Krieg aus technischen Gründen nicht mehr abgestoppt werden konnte, was bleibt dann noch von den deutschen Anklagen gegen Suchomlinow und Sasanow, die ja auch „technischen Gründen" die russische Mobilmachung nicht mehr rückgängig machen wollten?!

Das Manifest des österreichischen Kaisers.

Aus Wien wird uns geschrieben: Das vielerwartete und viel erörterte Verfassungsmanifest des Kaisers ist nun erschienen. Es wird Enttäuschung hervorrufen, weil es den Tatsachen einigermaßen nachhinkt und nicht so konkrete Lösungen schafft, wie man sie wünschen muß. Der Kern ist: Neuaufbau eines Bundesstaates, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete ein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet; dabei Zulassung der Vereinigung der polnischen Gebiete Oesterreichs mit dem polnischen Staate und andrerseits Sonderstellung von Triest; natürlich kein Uebergreifen auf Ungarn. Mitwirkung der aus den Reichsratsabgeordneten eines jeden Volkes bestehenden Nationalräte. Schutz der gemeinsamen Interessen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesens ist, insbesondere zur Bewältigung der aus der Liquidierung des Krieges erwachsenden Aufgaben. Die Regierung wird mit den Vorarbeiten beauftragt.

Vor einigen Wochen noch hätte man einen so großen Schritt für unmöglich gehalten. Heute fühlt man zwei große Lücken. Zunächst wird kein Exekutivorgan für die Nationalräte geschaffen, obwohl sie einer Gesamtregierung gegenüberstehen, von der man heute schon nicht weiß, wie und was sie eigentlich vertritt, da nach dem Willen der Völker der Gesamtstaat gar nicht mehr besteht, von dem sich alle losgesagt haben, in letzter Zeit sogar deutsch-bürgerliche „Volksräte", die doch gewöhnlich etwas zu spät aufwachen. Man hatte erwartet und wird verlangen, daß aus jedem Nationalrat eine nationale Regierung hervorgeht und dieser auch die Verwaltung anvertraut wird, damit eben der Nationalrat nicht zu den übrigen üblichen „Räten" dazukommt, deren Vorschläge nach Belieben beiseite geschafft wurden, sondern zum Organ der nationalen Willensbildung wird. Ein Zweites aber ist es, daß die Bildung eines Staatenbundes als Voraussetzung oder selbstverständliche Folge des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Völker angesehen wird. Das widerspricht aber vollständig den Tatsachen, die heute schon vorliegen. Weder die Tschechen noch die Südslawen begnügen sich mit dem Staatenbunde; sie werden es als besondere Gnade ihrerseits betrachten, wenn sie sich zur Personalunion herbeilassen, statt z. B. die Republik zu erklären. Und die Deutschen? Sie sind vorläufig noch ziemlich still gewesen. Aber es ist ganz sicher, daß sie nicht gewillt sind, als Rest eines österreichischen Staatenbundes zurückzubleiben, wenn alle übrigen Völker dem alten Oesterreich Valet sagen. Es ist sehr zweifelhaft, ob sie gut daran tun würden, sich mit den andren Völkerstaaten innerhalb eines Staatenbundes zu vereinigen. Vorläufig merken sie von dem Segen der übrigen sich selbstbestimmenden Völker, insbesondere der Tschechen, aber auch der Polen, nur, daß sie systematisch ausgehungert werden. Und in einem definitiven Staatenbunde könnten sie leicht nicht nur materiell, sondern auch politisch ausgehungert werden. Die Deutschen müssen sich, wie es schon in einem früheren Stadium die sozialdemokratische Resolution ausgesprochen hat, die vollständige Freiheit vorbehalten, über ihre Zugehörigkeit zu entscheiden, das heißt, aber auch ihren Anschluß an das Deutsche Reich zu vollziehen.

Die unmittelbare Wirkung des kaiserlichen Manifestes wird vielleicht nicht groß sein. Die Tschechen insbesondere scheinen nicht Lust zu haben, auf Unterhandlungen mit den andren Völkern einzugehen. Sie rechnen damit, auf der Internationalen Friedenskonferenz an den Ententemächten kräftige Förderer ihrer Bestrebungen zu haben und für sich mehr herausschlagen zu können, als durch innerösterreichische Verhandlungen. Auch die andren Völker werden aber schwerlich gesonnen sein, unter der Führung einer Regierung zu verhandeln, die das Vertrauen auch nicht einer einzigen Nation besitzt. Infolge dieser Schwierigkeiten wird aber der Zersetzungsprozeß immer größere Fortschritte machen. Man erzählt sich, daß tschechische Abgeordnete dem Ministerpräsidenten auf seine Frage, wie sie sich zu Deutsch-Böhmen stellen, ganz zynisch geantwortet hätten, darüber brauchten sie jetzt nicht zu verhandeln; sie würden darüber mit ihrem künftigen Nachbarn Deutschland unterhandeln, mit dem sie ja auch andre Fragen, wie die Elbe-Schiffahrt usw., regeln müßten.

•

Die Deutsch-Oesterreicher über die Zukunft ihrer Nation.

Wien, 21. Oktober. Am Montag werden im Niederösterreicher Landhause die Vertreter der Deutsch-Oesterreicher über die Zukunft ihrer Nation einen Beschluß von höchster historischer Bedeutung fassen. Ein Teil der Deutschen spricht schon jetzt offen aus, daß sie den Anschluß an das Deutsche Reich suchen wollen, wenn die Slawen einen neuen Zusammenschluß Oesterreichs ablehnen. Eine Proklamation an das deutsche Volk Oesterreichs ist bis auf wenige Sätze bereits fertiggestellt. Abends wird die Proklamation zur Veröffentlichung gelangen. Sie dürfte folgende Punkte enthalten: 1. Deutsch-Oesterreich muß frei und unabhängig sein. 2. Selbständig und unabhängig wird es über seine Regierungsform entscheiden. 3. Als freier und unabhängiger Staat wird es auf der Friedenskonferenz durch selbständige Gesandte vertreten sein. 4. In voller Freiheit wird es darüber entscheiden, in welches Vertrags- und Bundesverhältnis es zu andren Staaten und Völkern treten will. 5. Zur Bildung einer legalen Vertretung sind Neuwahlen durchzuführen. 6. Es muß ein Nationalrat eingesetzt werden, dem die Abgrenzungsverhandlungen obliegen und der für eine Vertretung auf der Friedenskonferenz Sorge trägt. 7. Auseinandersetzungen über die Reichsfinanzen und die andren gemeinsamen Fragen des alten Oesterreichs erfolgen durch eine Reichsvertretung.

•

Eine Erklärung der Südslawen.

Wien, 19. Oktober. (Meldung des Wiener k. k. Korr.-Bur.) Den Blättern zufolge beschloß die parlamentarische Kommission des südslawischen Klubs, der am Dienstag zusammentretenden Vollversammlung des Klubs nachstehenden Antrag vorzulegen: Das Manifest betreffend die Föderalisierung Oesterreichs kann eine Aenderung der Haltung des südslawischen Klubs nicht herbeiführen, der unverrückbar an dem Zusammenschluß aller Slowenen, Kroaten und Serben in einem souveränen Staate festhält.

•

Die Tschechen und das Manifest Kaiser Karls.

Das Verhalten der Tschechen gegenüber dem kaiserlichen Manifest betreffend die Föderalisierung Oesterreichs ist nach wie vor ablehnend. Dies geht auch aus allen tschechischen Presseäußerungen und den Beschlüssen der verschiedenen Körperschaften deutlich hervor. Am Sonnabend fand in Prag die Sitzung des tschechischen Nationalausschusses und des tschechischen Verbandes statt. Der Nationalausschuß billigt die Entscheidung des Präsidiums des tschechischen Verbandes, womit alle Verhandlungen wegen Neuregelung der inneren österreichischen Verhältnisse abgelehnt werden. Weiter protestiert er gegen die neueste Aktion, die Einigkeit der tschecho-slowakischen Nation zu zerreißen und die Unteilbarkeit der böhmischen Länder zu gefährden. Die tschechische Frage hat aufgehört, eine Frage der inneren Angelegenheit Oesterreichs zu sein. Sie ist eine internationale Frage geworden und wird gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst werden. Der Nationalausschuß erklärt namens des ganzen tschechischen Volkes neuerdings, daß es für die tschechischen Kreise keine andre Lösung der tschechischen Frage gibt, als die staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des tschechisch-slowakischen Vaterlandes, und er protestiert angesichts der ganzen Welt entschieden dagegen, daß von ungarischer Seite der Welt eingeredet wird, daß die slowakischen Brüder nicht ein nationales und staatliches Ganze bilden sollen. Die tschechische Nation wird niemals national oder kulturell irgendeine Nationalität in dem tschechisch-slowakischen Staate unterdrücken.

Demokratisierung und Parlamentarisierung

Die nächste Reichstagssitzung ist nun endgültig auf Dienstag, 2 Uhr nachmittags, angesetzt worden. Auch die Tagesordnung steht bereits fest. Sie lautet: 1. Erledigung kurzer Anfragen; 2. Abänderung des Artikels 21 der Reichsverfassung (Einführung des parlamentarischen Systems durch Beibehaltung der Reichstagsmandate, wenn Abgeordnete in die Regierung berufen werden); Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung (Mitbestimmungsrecht des Reichstags über Krieg und Frieden): 4. Gesetzentwurf betreffend die Uebergangswirtschaft.

•

Weitere Verfassungsänderungen.

Der Aeltestenrat des Reichstags trat gestern vormittag zusammen, um noch einmal zur Frage der nächsten Plenarsitzung und ihrer Tagesordnung Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, daß das Plenum sich nun endgültig am Dienstag, nachmittags 2 Uhr, versammeln soll. Die Sitzung wird durch eine Rede des Reichskanzlers über die innere Politik eingeleitet werden. Der Kanzler wird in dieser Rede sich besonders mit den auf die Durchführung des parlamentarischen Systems hinzielenden Verfassungsänderungen befassen. Es wird erwartet, daß er die künftige gesetzliche Festlegung der Verantwortlichkeit der Reichsleitung gegenüber dem Reichstag verkünden wird und daß ein kollegiales Reichsministerium geschaffen werden wird, in dem der Kanzler ähnlich wie der Ministerpräsident im preußischen Kabinett primus inter pares ist.

In dieses Gebiet fällt auch die Einbeziehung aller militärischen Angelegenheiten in den Rahmen der Befugnisse der Reichsleitung und damit die Festlegung ihrer Verantwortlichkeit auch in militärischen Dingen gegenüber dem Reichstag, mit andren Worten die Aufhebung der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers. Es ist vorgeschlagen worden, dies in der Weise herbeizuführen, daß alle militärischen Erlasse oder Ernennungen die Gegenzeichnung des Kriegsministers erhalten müssen und daß der preußische Kriegsminister als Staatssekretär in das verantwortliche Reichsministerium eintritt, womit dann der Reichstag die Kontrolle über die Militärgewalt erhalten würde. Neben der Feststellung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre sowie der Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt ist auch die Schaffung eines Staatsgerichtshofes geplant. Diese Fragen werden heute noch den Verfassungsausschuß beschäftigen, der auf 10½ Uhr vormittags zu einer Sitzung einberufen worden ist.

Auf der Tagesordnung der Plenarsitzung steht unter andrem auch die Verfassungsänderung, durch die Kriegserklärung und Friedensschluß an die Zustimmung des Reichstags gebunden wird. Es ist beabsichtigt, hier noch weiter zu gehen und auch die Einleitung eines Verteidigungskrieges, also kriegerische Maßnahmen gegen einen Angriff auf deutsches Gebiet, von der Zustimmung des Reichstags abhängig zu machen. Das Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft, das ebenfalls auf der Tagesordnung steht, soll ohne Debatte dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen werden. Schließlich hat sich der Aeltestenausschuß dahin geeinigt, daß am Donnerstag die allgemeine Aussprache über das gesamte Gebiet der inneren und äußeren Politik beginnen soll. Es werden also alle Parteiführer das Wort zur Debatte ergreifen, und man wird sowohl die Verfassungsfragen wie auch die Wilsonnote und die äußere Lage des Reiches eingehend erörtern. Man rechnet damit, daß das Plenum bis Ende der Woche zusammenbleiben wird, doch wird über den weiteren Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen der Aeltestenrat im Laufe der nächsten Tage noch einmal Beschluß fassen.

•

Heer und Parlament.

Eine der Hauptstützen unsres Absolutismus lag in der sogenannten Kommandogewalt des Kaisers, die bisher nur durch keine Ministerverantwortlichkeit beschränkt war. Sie hatten, ganz abgesehen davon, daß Erlasse des Kaisers, die in das Gebiet der Kommandogewalt hineingehörten, überhaupt keiner Gegenzeichnung eines Ministers bedurften, nur einen preußischen Kriegsminister, der als solcher dem Reichstag überhaupt nicht verantwortlich war und im preußischen Landtag auch nicht zur Verantwortung gezogen werden konnte, weil in diesem Parlament Militärangelegenheiten überhaupt nicht beraten wurden.

Vom Abgeordneten Gothein war im Berliner Tageblatt verlangt worden, daß Bestimmungen geschaffen werden, durch die in Zukunft für eine wirksame parlamentarische Kontrolle aller militärischen Dinge gesorgt wird, und in fortschrittlichen Blättern wird auch bereits gemeldet, daß Vorbereitungen zur Durchführung dieser Forderungen eingeleitet worden sind. Darob große Entrüstung in der alldeutschen reaktionären Presse. Dort hat man bisher das Heer als die Domäne angesehen, in der die Angehörigen unsrer junkerlichen militärischen Herrenschicht, ungehindert durch eine wirksame parlamentarische Kontrolle, schalten und walten können.

In der Deutschen Zeitung wird so getan, als ob durch Einführung der geforderten Reformen die Politik ins Heer getragen würde und die Disziplin erschüttert werden müßte. Tatsächlich hat sich in diesem Kriege gezeigt, daß es auch in den Heeren unsrer Gegner, deren Leitungen den Parlamenten unterstellt sind, an Disziplin nicht gefehlt hat, und wenn von dem Hineintragen der Politik ins Heer geredet wird, so muß vor allen Dingen an jene famose Aufklärungsaktion erinnert werden, mit deren Hilfe man es vielfach versucht hat, die Soldaten in alldeutsch-annexionistischem Sinne zu beeinflussen, ferner daran, daß früher den Soldaten das Lesen sozialdemokratischer Blätter verboten war, während die Blätter aller andren Parteien gelesen werden durften.

Es ist das Heer bei uns allerdings als ein Instrument der Parteipolitik benutzt worden, und zwar, um die Soldaten im konservativ-reaktionären Sinne zu beeinflussen. Mit dieser Art der Parteipolitik im Heere wäre es ein für allemal vorbei, sobald für eine wirksame parlamentarische Kontrolle gesorgt ist. Deshalb ist auch der Schmerz bei den Herren von der Rechten über die befürchtete Erweiterung des parlamentarischen Einflusses auf das Heer so groß.

Deutsches Reich.

Alldeutsche Hetze.

Auf der ganzen Linie haben die Alldeutschen und ihre Gefolgschaft gegen die Regierung mobil gemacht. In ihren Blättern werden die schärfsten Vorwürfe gegen die Regierung erhoben und allenthalben werden. Durchhaltekundgebungen veranstaltet. Ueber eine Tagung des Ausschusses des Alldeutschen Verbandes wird folgendes berichtet:

Berlin, 21. Oktober. Der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes tagte gestern in Berlin und faßte eine Entschließung, die die bisherigen Maßnahmen des Kriegskabinetts als schwere Schädigung und Gefährdung des Deutschen Reiches bezeichnete. Gegen die Regierung wird der Vorwurf erhoben, sie habe dem Frieden, den wir alle wollen, einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie den Uebermut der Feinde stärkt, und sie hat durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons den ersten Schritt zur Zertrümmerung Deutschlands getan. Den Abschluß macht ein Aufruf an alle Deutsche zur einmütigen opferwilligen Zusammenarbeit über alle Parteispaltungen hinweg.

Das alldeutsche Treiben soll offenbar den Zweck haben, das deutsche Volk zu täuschen. Die Herren Alldeutschen wollen die Tatsache verdunkeln, daß die gegenwärtige Regierung nicht freie Hand hat, sondern daß sie vor der bitterernsten Notwendigkeit steht, das deutsche Volk aus einer sehr üblen Lage herausführen zu müssen, in die es zum großen Teil durch die Schuld der Alldeutschen geraten ist. Die Alldeutschen haben stets soviel von dem Vertrauen erzählt, daß sie der Obersten Heeresleitung entgegen bringen. Jetzt aber gehen sie über die Tatsache stillschweigend hinweg, daß sich die von ihnen so arg bekritelte Regierung bei ihren Friedensschritten im vollen Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung befunden hat. Das ganze Verhalten der Alldeutschen ist darauf eingestellt, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von ihrer eigenen schweren Schuld abzulenken. Wir glauben nicht, daß ihre Täuschungsmanöver jetzt noch irgendwelchen Erfolg haben werden.

Eine Kundgebung der Berliner Universität. Gestern mittag fand auf Einladung des Rektors eine Versammlung der Professoren der Universität Berlin statt. Dabei wurde einstimmig eine Kundgebung beschlossen, in der es heißt: „In schwerer Stunde wenden wir Professoren der Universität Berlin uns einmütig an das deutsche Volk und geben unsrer wohlerwogenen Ueberzeugung Ausdruck, daß wir Deutsche nur dann uns wider die übermächtigen Gegner behaupten können, wenn wir eine geschlossene innere Einheit bilden. Wir lassen daher alle Gegensätze der Anschauungen in diesen Tagen verstummen und stellen uns bewußt und fest in den Dienst der sich anbahnenden neuen politischen Ordnung und der sie vertretenden Regierung. Wir können es nicht besser ausdrücken als durch das tapfere Wort in dem letzten Aufruf der Sozialdemokratischen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181021/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG